

BIEL

Aufstand gegen den Ausverkauf

Das einstige Bieler Expo-Gelände soll bald profitträchtig überbaut werden. In der links-grünen Stadt wehren sich nun vor allem JungpolitikerInnen gegen den Verlust öffentlichen Bodens.

VON RAPHAEL ALBISSER (TEXT) UND FLORIAN BACHMANN (FOTO)



«Die Überbauung wäre wohl der Startschuss für eine Gentrifizierung der ganzen Stadt»: Die StadträtInnen Levin Koller, Muriel Günther, Miro Meyer (alle Juso) und Judith Schmid (PdA) auf der Brache an der Grenze zwischen Nidau und Biel.

Keine zehn Gehminuten vom Bahnhof entfernt befindet sich das Objekt der Begierde: eine weitgehend unbebaute Fläche von 163 000 Quadratmetern direkt am Seeufer. Ganz unglamourös sammeln sich hier im Triangel zwischen zwei Strandbädern und dem Nidauer Schlösschen halbgrüne Wiesen, ein Schotterplatz und fünf Tennis courts. Daneben der kleine Barkenhafen sowie das Hundemätteli, ein beliebtes Naherholungsgebiet der Stadt. «Ein wahres Bijou, wenn auch ein bisschen heruntergekommen», sagt Juso-Stadträtin Muriel Günther, als sie mit ihren beiden RatskollegInnen Miro Meyer und Levin Koller (beide Juso) und Judith Schmid über die Brache schlendert.

Tatsächlich dürften StadtplanerInnen im ganzen Land ob einer Freifläche in solcher Grösse und Lage neidisch werden. Die Zone liegt zwar ennet der Zihl, des Grenzflüsschens zwischen Biel und Nidau. Ein Grossteil davon gehört dennoch der Stadt Biel, seit sie im Vorfeld der Expo.02 günstig Land erworben hatte. Seit Jahren schon wird an der künftigen Nutzung gesponnen. Im Projekt «Agglolac» konkretisiert sich diese mittlerweile rasant: Auf ihrer Website verspricht die Projektgesellschaft «ein urbanes Quartier, das Stadt und See verbindet» sowie «Begegnungs- und Erholungsflächen, erleichterte Zugänge zum Wasser und einen vielfältigen und attraktiven Nutzungsmix». Eine Computervisualisierung lässt von einem mondänen Seequartier für rund 2000 BewohnerInnen träumen: Der digitale Drohnenflug zwischen Häuserzeilen und Seepromenade ist unterlegt mit Werbemusik und Vogelgezwitscher. Versprochen wird «ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit». Kein Wunder, werden solcherlei städtebauliche Allgemeinplätze bedient: Sowohl in Nidau wie auch in Biel wird die Bevölkerung dereinst über die Umsetzung des Projekts abstimmen müssen. Und vor allem in Biel wächst die Skepsis.

Wem gehört die Stadt?

Auch wegen der vier jungen Linken, die seit diesem Jahr für die Juso und die PdA im Bieler Stadtrat sitzen. Am meisten stört sie, dass Biel das Bauland an die Immobiliengesellschaft Mobimo mit Sitz im Kanton Zürich verkaufen will. «Wir finden schon einen Landverkauf an

sich völlig falsch», sagt Koller. Anstatt das Land im Baurecht temporär abzugeben, habe die Stadt damit nämlich entschieden, das Gebiet langfristig der demokratischen Kontrolle zu entziehen. «Ganz und gar nicht einverstanden sind wir zudem mit Mobimo im Speziellen», sagt Koller. Das Unternehmen wurde 2012 als Privatinvestor ins Boot geholt und ist seither neben Biel und Nidau federführendes Mitglied der Projektgesellschaft. Als Teil des milliardenschweren Gesamtportfolios von Mobimo werde Agglolac künftig einem knallharten Renditedruck ausgesetzt, ist sich Koller sicher. «Darunter leiden letztlich alle Menschen in Nidau und Biel.»

Die drei JungpolitikerInnen sitzen bei Kaffee und Eistee in einem Bistro, das am Rande des Agglolac-Perimeters der geplanten Überbauung würde weichen müssen. Und mit Blick auf die Brache gegenüber sagt Judith Schmid: «Hier fanden schon Konzerte statt, Zirkusvorstellungen, oder auch das Streetfoodfestival.» Da laufe immer wieder was, sagt er, «und man könnte noch viel mehr daraus machen». Zwar werde von der Projektgesellschaft immer betont, dass das Seeufer auch künftig öffentlich zugänglich bleiben werde. «Konflikte sind aber programmiert», sagt Schmid: Etwa was den Lärm der vielen Menschen angeht, die sich gerne tagsüber und abends zum Grillieren, Essen und Trinken im Hundemätteli treffen. «Es ist klar, wer diese Konflikte verlieren wird – und es sind nicht jene mit dickem Portemonnaie», fügt Günther an. Es sei abzusehen, dass Mobimo hier vor allem teure Wohnungen bauen werde. Wenn von genossenschaftlichem Wohnraum geredet werde, seien dies bloss Lippenbekenntnisse. Der von der Stadt geforderte Anteil sei mit unter zwanzig Prozent zudem lächerlich klein. «Wem soll denn die Stadt gehören?», fragt sie deshalb. «Der Bevölkerung oder einem börsenkotierten Unternehmen?» Der Widerstand gegen das Bauprojekt kommt allerdings bei weitem nicht nur von linker Seite. Seit Anfang dieses Jahres macht mit dem Verein Stop Agglolac eine überparteiliche Gruppe gegen das Vorhaben mobil. Und im März wurde im Bieler Stadtrat eine Motion gegen den Verkauf der Baufäche eingereicht, die auch eine Reihe bürgerlicher Ratsmitglieder unterschrieben hat-

ten. Denn auch simple finanzpolitische Bedenken sind angebracht: In Nidau etwa aufgrund infrastruktureller Investitionen, die durch den Bau der Wohnsiedlung nötig würden. Oder weil sich dort reiche Leute eine Zweitwohnung kaufen könnten, ohne Steuern zu zahlen. Und in Biel, weil sich der heutige Verkaufspreis des Grundstücks weit unter dessen künftig wachsendem Wert befinden könnte.

Die SP soll umdenken

Indem sich die StadträtInnen gegen Agglolac stemmen, bekämpfen sie ein Projekt, das bis heute von der links-grünen Mehrheit im fünfköpfigen Gemeinderat forciert wird. Und schon unter dem langjährigen SP-Stadpräsidenten und heutigen Ständerat Hans Stöckli war die Vision eines schmucken «Klein-Venedigs» geprägt worden, wie sie noch immer im Geist von Agglolac weiterlebt. «Klar führt dies auch zu heftigen Debatten», sagt Miro Meyer. «Aber wir diskutieren noch immer auf einer konstruktiven Basis.» Ziel sei es schliesslich auch, ein Umdenken in der eigenen Mutterpartei zu initiieren. Beim Kampf gegen Agglolac gehe es nämlich auch um Generationengerechtigkeit, findet Günther. Und zwar nicht nur, was die künftige Mitbestimmung über das fragliche Gelände betreffe. «Die Überbauung wäre wohl der Startschuss für eine Gentrifizierung der ganzen Stadt», sagt sie. Am Tisch ist man sich deshalb einig: Beim Widerstand gegen Agglolac geht es auch um den Charakter von Biel. Der Charme der Stadt drohe zu verschwinden, wenn die Mieten flächendeckend stiegen und ärmere Menschen aus dem Stadtbild verdrängt würden. Dem Vorwurf, sich zusammen mit der SVP ins Lager der ewigen Neinsager zu begeben, begegnen die drei denn auch gelassen: «Uns geht es bei Agglolac nicht darum, jegliche Veränderung zu verhindern», sagt Meyer. Im Gegenteil gebe es für die Brache unzählige Möglichkeiten. «Nun hat man sich aber für die allerschlechtesten entschieden», sagt er. Denn wo die Profitjägerin Mobimo einen Deal eingeleitet, da seien VerliererInnen garantiert.

Wirklich gut läuft es für die Projektgesellschaft derzeit nicht. So verzeichneten die Agglolac-kritischen Stimmen bei den Nidauer Gemeindevahlen vom Sonntag gehörigen Zuwachs in Stadt- und Gemeinderat. In einer turbulenten Sitzung vertrat der Bieler Stadtrat seinen Entscheid über die Motion gegen den Landverkauf auf Mitte Oktober.

WAS WEITER GESCHAH



St. Gallen wird linker

Sie sind selten geworden, die Bürgerlichen mit sozialem Gewissen. Solche, die Sätze sagen wie: «Vielen Leuten geht es sehr schlecht, weil sie überhaupt Sozialhilfe benötigen. Sie dürfen in ihrer echten Not nicht auch noch pauschal als Betrüger verdächtigt werden.» So einer war der St. Galler CVP-Stadtrat Nino Cozzio. Mitte September ist er 59-jährig an Krebs gestorben.

Die CVP portierte Boris Tschirky als Nachfolger. Er steht am anderen Ende des Partispektrums. Seine Meinung zur Sozialhilfe machte er im «St. Galler Tagblatt» klar: «Personen, die unkooperativ sind mit Behörden und Massnahmen verweigern, sollen härter angepackt werden können.» Auch die Pafionierung des motorisierten Privatverkehrs, die St. Gallen 2010 beschlossen hat, will Tschirky rückgängig machen.

Noch vor zehn Jahren wäre die Ersatzwahl glatt über die Bühne gegangen. Eine Stadtregierung ohne CVP – undenkbar. Doch heute ist einiges anders: Die SP hat vor zehn Monaten mit Maria Pappa einen zweiten Sitz im fünfköpfigen Rat erobert. Als letzte grosse Stadt der Schweiz rutscht auch St. Gallen nach links. Tschirky verfehlte das absolute Mehr klar. Und die drei KandidatInnen links der Mitte kamen gemeinsam auf fast gleich viele Stimmen wie Tschirky zusammen mit dem SVP-Kandidaten Jürg Brunner.

Das ist auch dem Wahlkampf des couragierten zwanzigjährigen Jungsozialisten Andri Bösch zu verdanken. Er fordert ein Stimm- und Wahlrecht für alle mit Wohnsitz in St. Gallen, eine autofreie Stadt und «ein Quittungssystem mit Begründung für Polizeikontrollen». Deutlich mehr Stimmen machte allerdings die Grünliberale Sonja Lüthi. Vermutlich wird der zweite Wahlgang am 26. November ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen ihr und Tschirky. Die 36-jährige Energieexpertin wünscht sich «eine Wirtschaft, die nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt funktioniert». Als Mitropolitikerin mit Gewissen wäre sie eine gute Nachfolgerin von Cozzio. DYT

Nachtrag zum Artikel «Bösch versucht das Unmögliche» in WOZ Nr. 38/17.

SOZIALHILFESTOPP

485 Franken pro Monat zum Leben

Vorläufig aufgenommene Personen erhalten im Kanton Zürich in Zukunft keine Sozialhilfe mehr. Das Resultat der Abstimmung vom letzten Sonntag ist niederschmetternd deutlich: 67 Prozent der Stimmentenden wollen, dass Personen mit F-Ausweis nur noch Asylfürsorge erhalten.

Es ist ein Tritt nach unten, ein Schlag ins Gesicht der Schwächsten in der Gesellschaft. Konkret bedeutet er: Eine Person erhält künftig nur noch 485 Franken pro Monat, wenn sie nicht alleine für ihren Lebensunterhalt aufkommen kann. Und kantonale Beiträge an die Integration vorläufig Aufgenommener fallen weg. Die Kosten für Deutschkurse und für Angebote zur beruflichen Orientierung müssen nun die Gemeinden alleine tragen.

Betroffen von den drastischen Kürzungen sind über 5000 BewohnerInnen des Kantons Zürich – die meisten von ihnen sind Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan oder Somalia. Sie werden in den nächsten Jahren nicht in ihre kriegsversehrten Herkunftsländer zurückkehren können. «Mit diesem Entscheid haben sich die Kriegsflüchtlinge nicht in Luft aufgelöst», betont denn auch das Komitee Integrationsstopp Nein in einer Reaktion auf die verlorene Abstimmung. «Sie gehören zu unserer Gesellschaft und müssen nach wie vor den Anschluss finden, über Deutschkurse und Arbeit.»

Für die Zürcher Asylbewegung ist der verlorene Abstimmungskampf eine herbe Niederlage. Wie geht es jetzt weiter? Der Syrer Malek Awssi, der seit zwei Jahren als Asylsuchender in Zürich lebt, schreibt auf papierlosezeitung.ch: «Wir brauchen eine neue Strategie. Ich meine damit, dass wir diese Menschen erreichen müssen, welche Ja gestimmt haben.» Die Geflüchteten müssten jetzt mehr in der Öffentlichkeit präsent sein und die Menschen direkt ansprechen, ist Awssi überzeugt. Das Nein-Komitee will in einem Monitoring sicherstellen, dass die Gemeinden den Integrationsauftrag, der nun wieder ihnen allein zufällt, auch wirklich erfüllen. LAURA CASSANI